

**Petition an den Kreistag Havelland:
Aufnahme Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge
und
„Sicherer Hafen Havelland“**

#LeaveNoOneBehind

**Das Bündnis gegen Rechts Falkensee
ruft zusammen mit den Initiativen**

**Willkommen in Falkensee
Begegnung in Falkensee e.V.
Lesbos Unterstützung Havelland
Partnerschaft für Demokratie Westhavelland & Nauen
Unser Rathenow. Miteinander. Füreinander
Aufstehen gegen Rassismus – Dallgow Döberitz
Kollegiale Leitung des Kirchenkreises Falkensee
Vorbereitungsgruppe Stolpersteine für Falkensee & Umgebung
Evangelische Kirchengemeinde Neufinkenkrug**

**den Landkreis Havelland auf, seine Bereitschaft zur Aufnahme von
zunächst wenigstens 10 bis 20 unbegleiteten minderjährigen
Geflüchteten aus den griechischen Lagern zu erklären. Dem Kreistag
liegen Anträge dafür vor.**

**Das Havelland kann und sollte hier ein Signal für Menschlichkeit und
Toleranz setzen. Der Landkreis sollte sich darüber hinaus zu einem
„Sicheren Hafen“ für Schutzsuchende erklären - so wie es bereits viele
andere deutsche Kommunen im Rahmen der Initiative Seebrücke
getan haben.**

Die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern ist unerträglich – auf den Inseln leben knapp 37000 Menschen in Lagern, die nur für etwas mehr als 6000 Menschen geplant waren. Die hygienischen Zustände in den Lagern sind für alle dort festsitzenden Geflüchteten katastrophal. Dies gilt umso mehr für besonders schutzbedürftige Menschen wie Minderjährige, Ältere oder Kranke.

Das größte der Lager, das Camp Moria auf der Insel Lesbos, ist dafür ein schreckliches Symbol. Die Zustände dort und in anderen Camps verletzen die Vorgaben der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

BgR Petition 16Jun2020 – Aufnahme Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge und „Sicherer Hafen Havelland“

Aktuell kommen die Gefahren durch die Corona-Pandemie noch hinzu: Ein Schutz vor Ansteckung durch Selbstisolation und Abstand ist unmöglich – jederzeit kann das Virus die überfüllten Lager erreichen. Voraussichtlich würden dann zahlreiche Geflüchtete schwer erkranken und mangels intensivmedizinischer Kapazitäten sterben, möglicherweise wären auch Menschen außerhalb der Camps betroffen.

Außerdem gibt es Berichte aus Griechenland über illegale Abschiebungen Geflüchteter. Die einheimische Bevölkerung sieht sich in einem Dauer-Notstand und einer Situation permanenter Überlastung. Die anfängliche Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Geflüchteten ist daher bei Vielen umgeschlagen in Frustration über ausbleibende, nachhaltige Hilfe durch die Europäische Gemeinschaft.

Bereits vor Monaten hat sich die Bundesregierung in Absprache mit einigen anderen EU-Staaten zur Aufnahme von 350 unbegleiteten Minderjährigen aus den Camps bereit erklärt. Tatsächlich nach Deutschland einreisen konnten bisher jedoch nur 47 Kinder und Jugendliche. Immerhin gibt es jetzt die Ankündigung der Bundesregierung, dass bald weitere Mädchen und Jungen folgen sollen.

Am besten geeignet für die Unterbringung und angemessene Versorgung der Minderjährigen sind Pflegefamilien. Einige Angebote aus Falkensee liegen hierfür bereits vor. Dort sind auch eine gute Infrastruktur und ein breiter Unterstützerkreis aus der Bürgerschaft vorhanden.

Unser Aufruf zielt zunächst auf die Aufnahme der unbegleiteten Minderjährigen. Neben diesen brauchen auch andere besonders schutzbedürftigen Menschen unsere Hilfe, da sie in den Lagern nicht sicher untergebracht und versorgt werden können. Dies sind vor allem ältere und kranke Geflüchtete, schwangere Frauen und Familien mit Kindern. Auch hier sollte sich der Landkreis konstruktiv an Lösungen beteiligen und sich zum „sicheren Hafen“ für Schutzsuchende erklären.

Grundsätzlich ist es für uns ein Gebot der Menschlichkeit, alle Geflüchteten aus den überfüllten Lagern zu evakuieren und sicher und menschenwürdig unterzubringen sowie ihnen den Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu ermöglichen. Dies betrifft natürlich nicht nur Deutschland und schon gar nicht nur das Havelland, doch jeder Beitrag zählt. Wenn Europa und die Bundespolitik versagen, muss die kommunale Politik tätig werden.

Bündnis gegen Rechts Falkensee (BgR)

Falkensee, 19. Juni 2020

BgR Petition 16Jun2020 – Aufnahme Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge und „Sicherer Hafen Havelland“

#LeaveNoOneBehind



**UNSEr RATHeNOW.
MITeinANDER.
FÜREINANDER.**



V.i.S.d.P.: Heinrich Reinke, Benno König

Sicheren Häfen-Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen „Sicheren Hafen“. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der „Sichere Hafen“ ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines „Sicheren Hafens erfüllen“. Die Initiative SEEBRÜCKE begleitet den Prozess und dokumentiert, welche Schritte Kommunen bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

BgR Petition 16Jun2020 – Aufnahme Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge und „Sicherer Hafen Havelland“

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.

3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.

4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).

7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.

9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt /Solidarischer Landkreis für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und Landkreisen und tritt dem kommunalen Bündnis „Sichere Häfen“ bei. Diese setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen werden veröffentlicht.